

Der NATO-Krieg in Libyen muss sofort beendet werden.

Seit Wochen erleben wir ein mediales Trommelfeuer zur Rechtfertigung des NATO-Krieges in Libyen. Der Bösewicht in Tripolis, so die Botschaft, kann nur durch die geballte militärische Macht der NATO zur Räson gebracht werden.

Im Nebel dieser Propaganda verschwinden die Interessen, um die es den westlichen Großmächten tatsächlich geht und die Wölfe im Schafspelz, haben leichtes Spiel, solange ihre Lügen vom humanitären Einsatz und dem Schutz der Zivilbevölkerung geglaubt werden.

Es gibt mit Sicherheit keinen Grund zur Sympathie mit dem Gaddafi-Regime, aber es gibt erst recht keinen Grund den NATO-Krieg in Libyen zu unterstützen.

Unsere Solidarität gehört all denen in den arabischen Ländern, die sich gegen ihre diktatorischen Regimes auflehnen, denen, die für Demokratie, für Menschenwürde eintreten und denen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Das gilt für Tunesien und Ägypten und das gilt ebenso für Libyen.

Genau deshalb stellen wir uns nicht auf die Seite der NATO.

Und deshalb ergreifen wir nicht Partei für die imperialistischen Großmächte, die seit jeher Komplizen autoritärer und unterdrückerischer Regimes sind, und die, hinter Worthülsen von Demokratie und Menschenrechten, ihre wirklichen Kriegsziele verbergen.

Glaubt man der Propaganda der westlichen Regierungen, dann dienen die Luftangriffe der NATO ausschließlich dem Schutz der Zivilbevölkerung.

Doch der Schutz der Zivilbevölkerung ist nichts anderes als ein verlogener Vorwand dafür, um das Land mit den größten Ölreserven ganz Afrikas unter eigene Kontrolle zu bekommen und den noch verstaatlichten Ölsektor den Profiiinteressen der westlichen Konzerne auszuliefern.

Von Anfang an war es deshalb das erklärte Ziel der Menschenrechtskrieger in London, Paris und Washington, das höchst unzuverlässige Regime in Tripolis loszuwerden, einen Regimewechsel herbeizuführen und eine dem Westen wohlgesonnene neue Regierung zu installieren.

Originalton US Präsident Obama, am 11. März, eine Woche vor der Kriegsermächtigung durch den Weltsicherheitsrat. Zitat: „Ich glaube, dass Gaddafi auf der falschen Seite der Geschichte steht. Wir werden Kontakt mit der Opposition aufnehmen und die Internationale Gemeinschaft konsultieren, um unser Ziel zu erreichen, Gaddafi von der Macht zu entfernen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, gab es auch von Anfang an nur eine Option – Krieg. Und der Zweck des Krieges ist es, den Aufständischen den Weg nach Tripolis frei zu bomben. Zu keinem Zeitpunkt gab es die Bereitschaft, einen Waffenstillstand zu erreichen. Zu keinem Zeitpunkt wurde eine Verhandlungslösung zwischen den Bürgerkriegsparteien auch nur in Erwägung gezogen. Vermittlungsbemühungen Venezuelas, der Türkei und der Afrikanischen Union wurden im wahrsten Sinne des Wortes weggebombt.

Selbstverständlich ist es das gute Recht der Libyer, Gaddafi in die Wüste zu schicken. Doch dafür brauchen die Aufständischen die Zustimmung der Mehrheit der libyschen Bevölkerung. Die NATO hat jedoch keinerlei Recht Gaddafi zu stürzen. Sie ist auch kein Partner um demokratische und soziale Reformen zu verwirklichen. Das ist nur mit den Menschen in Libyen zu machen, nicht mit den NATO-Interventionsmächten.

Die westlichen imperialistischen Staaten verfolgen ausschließlich ihre eigenen wirtschafts- und machtpolitischen Interessen. Jahrzehnte lang waren die Diktaturen Nordafrikas ihre besten Freunde, egal wie brutal sie die Opposition unterdrückt haben, Regimekritiker foltern oder ermorden ließen.

Das zeigt sich gerade jetzt im Verhalten zu den Protestbewegungen in Jemen, in Bahrain und in Saudi-Arabien. Der jemenitische Diktator kann, ohne Kritik aus dem Westen befürchten zu müssen, friedliche Demonstrationen zusammenschießen. Saudi Arabien marschiert mit

Panzertruppen in Bahrain ein, um das autokratische Königshaus vor der Bevölkerung zu schützen. Weder die USA noch die EU-Staaten sehen darin ein Problem. Andere Interessen – andere Moral – das ist die gängige Praxis des Westens.

Trotz aller Lippenbekenntnisse für Menschenrechte, Demokratie und freie Wahlen, die despotischen Herrscher der Golfregion sind für den Westen auch weiterhin die Garanten der Stabilität. Saudi-Arabien garantiert die zuverlässige Ölversorgung der imperialistischen Metropolen. Bahrain beherbergt die bedeutendste US-Militärbasis des Nahen und Mittleren Ostens, das Hauptquartier der 5. Flotte und die Kommandozentrale für die amerikanischen See- und Luftstreitkräfte in dieser Region.

Die Antwort auf die Frage, wozu der Krieg in Libyen geführt wird liegt deshalb auf der Hand. Ziel der NATO-Intervention ist nicht die Verwirklichung der berechtigter Forderungen des libyschen Volkes, sondern die Durchsetzung der Vorherrschaftsansprüche der westlichen Großmächte. Libyen ist ein weiterer Fall ihrer selektiven Selbstjustiz. Die NATO ist also nicht die Lösung, sie ist das Problem.

Der NATO-Krieg ist völkerrechtswidrig

Es ist geradezu absurd zu glauben, das Ziel der NATO-Angriffe sei es Zivilisten zu schützen. Die NATO führt einen Krieg, der – wenn er nicht gestoppt wird – katastrophale Folgen haben und die Zahl der zivilen Opfer dramatisch erhöhen wird.

Die Resolution des Weltsicherheitsrats verlangt zwar eine „sofortige Waffenruhe und ein vollständiges Ende der Gewalt“, die NATO-Kriegskoalition zeigt daran jedoch keinerlei Interesse. Die NATO-Mächte interpretieren die Resolution als Freibrief zur unbegrenzten Kriegsführung. Nach vier Wochen Bombenkrieg sollen, wie gestern in Berlin beschlossen wurde, die Luftangriffe weiter intensiviert werden. Die Rebellenarmee wird bereits mit modernen Waffen hochgerüstet und auch der Einsatz von NATO-Bodentruppen wird nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen.

Die einseitige Parteinahme in einem innerstaatlichen Bürgerkrieg und die militärische Unterstützung der Rebellen mit dem Ziel, einen Regimewechsel durchzusetzen, ist ein glatter Bruch des Völkerrechts und ein eklatanter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates verbietet.

Und wie verhält sich Deutschland?

Bekanntlich wurde die Bundesregierung wegen ihrer Stimmenthaltung im Sicherheitsrat heftig kritisiert. Deutschland habe sich aus dem NATO-Bündnis verabschiedet und seinen Anspruch auf einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat endgültig verspielt. Das soll heißen: Das Recht auf Entscheidungen im Weltsicherheitsrat steht nur solchen Staaten zu, die bereit sind, jeden Angriffskrieg der NATO zu billigen. Die UNO soll endgültig zum Erfüllungsgehilfen imperialistischer Machtpolitik degradiert werden.

Die Bundesregierung hat sich aber gar nicht aus der NATO-Kriegsallianz verabschiedet. Zwar beteuert Außenminister Westerwelle beinahe täglich, Deutschland werde sich an diesem Krieg nicht beteiligen. Die Wahrheit ist jedoch: Die Bundesregierung ist ganz und gar nicht gegen den von ihren NATO-Bündnispartnern geführten Krieg. Wäre das der Fall, dann hätte sich Deutschland im UN-Sicherheitsrat nicht der Stimme enthalten, sondern gegen die Kriegsermächtigung stimmen müssen. Die angebliche Kriegsenthaltsamkeit ist die pure Heuchelei.

Zwar sollen keine Bundeswehr-Kampffruppen nach Libyen geschickt werden, doch um die „Kriegswilligen“ im Libyeneinsatz zu entlasten, werden zusätzlich 300 Bundeswehrsoldaten für AWACS-Einsätze im Afghanistan-Krieg zur Verfügung gestellt. Zweitens: Inzwischen hat die NATO – mit der Zustimmung Deutschlands – das Oberkommando für den gesamten Kriegseinsatz in Libyen übernommen. Drittens: Wie bei den Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak, dürfen die US-Truppen ihre Militärbasen in Deutschland für den Bombenkrieg in Libyen nutzen. Deutschland ist wieder die militärische Drehscheibe und leistet aktive Beihilfe in einem völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg. Und schließlich soll jetzt doch noch die Bundeswehr zum Einsatz kommen, durch die Hintertür, als bewaffnete Schutztruppe humanitärer Hilfe.

Ein kurzer Blick auf die Bündnispartner des Westens

Ich will zum Schluss noch auf einen Punkt eingehen, der in den Medien so gut wie keine Rolle spielt. Im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten genießen die Aufständischen in Libyen die volle Unterstützung der westlichen Staaten. Ein Zufall ist das nicht. Die Führungsriege der Rebellenbewegung verfolgt ganz offensichtlich Ziele, die mit den Interessen der USA und der EU-Mächte weitgehend konform gehen. Libyen könnte zukünftig zum profitablen Eldorado westlicher Konzerne werden. Sie kommen vorwiegend aus dem Funktionärs- und Staatsapparat des Gaddafi-Regimes, wo sie versucht haben, die Privatisierung der staatlich gelenkten Wirtschaft voranzutreiben. Einige von ihnen, wie der Chef Rebellenregierung, kommen direkt aus den USA, wo sie sich als Experten neoliberaler Wirtschaftspolitik bewährt haben und deshalb das Vertrauen der US-Regierung genießen.

Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Äußerung von US-Außenministerin Hillary Clinton am 27. Februar, also nur wenige Tage nach Beginn des Aufstands in Benghasi. Damals sagte sie: Die Regierung Obama stehe bereit, den Rebellen jede Unterstützung zu gewähren, die sie von den USA wünschen. Das Ergebnis dieser Unterstützung könnte die Zerteilung Libyens sein, sollte es der NATO nicht gelingen, den Aufständischen den Weg nach Tripolis frei zu schießen und Gaddafi zu stürzen.

Für den Westen wäre diese Abspaltung des Ostens, der von den Aufständischen kontrolliert wird, eine durchaus akzeptable Lösung. An der Ostküste Libyens liegen die bedeutendsten Umschlagshäfen für den Öl- und Gasexport und hier laufen die Öl- und Gaspipelines aus den südlich gelegenen Ölfeldern zusammen, wo 80 Prozent der Ölreserven Libyens lagern.

Gemeinsam mit der Friedens- und Antikriegsbewegung in der Bundesrepublik fordern wir deshalb:

Der NATO-Krieg in Libyen muss sofort beendet werden. Das ist die einzig wirksame Maßnahme zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Wir verlangen von der Bundesregierung die sofortige Einstellung jeder Unterstützung und jeder Beihilfe für diesen Krieg.

Notwendig ist jetzt die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, wie es im Punkt eins und zwei der UN-Resolution verlangt wird.

Lasst uns das beim Ostermarsch am kommenden Samstag offensiv vertreten und sorgen wir vor allen Dingen dafür, die Lügen und die Heuchelei der Menschenrechtskrieger zu entlarven. Sie dürfen damit nicht durchkommen.